



Nachbarn statt Gegner

Christian Felber mit einem Vorschlag für die Beendigung des Steuerwettbewerbs und zur EU-Finanzierung

Nach der herben Abfuhr für die neoliberale EU-Verfassung ist es an der Zeit, Alternativen zur europäischen Freihandelszone zu diskutieren. Zuerst gehört der interne Steuerwettbewerb beendet: Österreich lockt Unternehmen aus Bayern weg, Bayern wirbt österreichische Betriebe ab; die Slowakei dumpst mit 19 Prozent Gewinnsteuer und wird prompt unterboten von Ungarn (16%), Estland (15%) und Zypern (10%). Am Ende schauen alle recht dumm aus der Wäsche, weil niemand mehr Steuern von den Global Players einnimmt, deren Kassen aber prall gefüllt sind. Um den ruinösen Wettlauf zu rechtfertigen, wird uns eingeredet, das Dumping sei die einzige Möglichkeit der armen Beitrittsländer, Steuereinnahmen zu erzielen. Uns kollern die Tränen vor Mitleid. Geschickt versteckt die Industrie ihre Gewinninteressen hinter dem Mäntelchen der Nachbarschaftshilfe.

Wie so oft in der Politik gilt: Nicht dumm machen lassen, mitdenken. Wie könnte das Standort-Dilemma aufgelöst werden? Ganz einfach, durch eine einheitliche Besteuerung von Unternehmen in der EU. Im Vergleich zur Währungs- oder Zollunion wäre diese Mini-Steuerunion ein Klacks. Sie kann natürlich zur Folge haben, dass ein paar Unternehmen weniger in die Slowakei, nach Polen oder Ungarn übersiedeln; allzu viele werden es aber nicht sein, weil die Steuern gar kein so wichtiger Standortfaktor sind, wie stets behauptet wird. Sicher ist hingegen, dass die Budgets der meisten EU-Staaten spürbare Mehreinnahmen verzeichnen werden, weil die Konzerne die Staaten nicht mehr gegeneinander ausspielen können und endlich wieder einen fairen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwohls leisten müssten.

Von dieser reichlich sprudelnden Einnahmenquelle könnte ein Teil über die Strukturfonds in die Beitrittsländer rückverteilt werden, um ihre möglichen Nettoverluste infolge der Harmonisierung auszugleichen. Mit diesem Köder ließe sich ihre Zustimmung zur Steuerunion gewinnen. Der Clou: Die „alten“ EU-15 würden das bisschen Umverteilung kaum spüren. Denn die gemeinsame Wirtschaftsleistung der zehn Beitrittsländer beträgt gerade einmal vier Prozent jener der EU-15. Die Umverteilung von 0,1% des BIP der „alten“ Länder entspräche 2,5% vom BIP der Beitrittsländer – für diese ein üppiger Finanzbrocken, der deutlich nahrhafter ist als die magere Steuerleistung einer Handvoll abgeworbener Großunternehmen.

Mit den höheren Gewinnsteuereinnahmen der alten Länder von schätzungsweise ein bis zwei Prozent ihres BIP ließe sich außerdem das ehrgeizigere EU-Budget von 1,25% des BIP finanzieren. Österreich könnte seine knauserige Position aufgeben, das gemeinsame Budget auf 1% des EU-BIP zu beschneiden – und sich damit nicht nur Freunde in den Beitrittsländern machen, sondern auch die drohenden Kürzungen für den ländlichen Raum abwenden. Europäisch denken heißt, für Interessenskonflikte komplexe Lösungen anzubieten. Mit „Steuerharmonisierung gegen Umverteilung“ könnten alle Seiten gewinnen.